unterstehen sowohl der Volksvertretung ihrer Ebene, als auch dem jeweils höheren Rat, sind also doppelt unterstellt. Die jeweils höheren Organe haben das absolute Anweisungsrecht, das Aufhebungsrecht und das Recht, anstelle des unteren Organs zu handeln (Recht der Ersatzvornahme) (§ 5). Die in Art. 139 der Verfassung garantierte Selbstverwaltung der Gemeinden ist vernichtet.

Für die Abgeordneten der örtlichen Volksvertretungen wird festgelegt, daß sie Wähleraufträge und Empfehlungen schnell und sorgfältig zu bearbeiten haben und über ihre Erfüllung Rechenschaft ablegen müssen (§ 22). Die Abgeordneten können von den Wählern abberufen werden (§ 26). Für die Abgeordneten der Volkskammer werden entgegen Art. 51, Abs. 3, der Verfassung in der Geschäftsordnung der Volkskammer die Pflichten zur Übernahme von Wähleraufträgen und zur Rechenschaft festgelegt. Die Abberufung von Abgeordneten der Volkskammer wird auf eine unrichtige Auslegung des Art. 59 der Verfassung gestützt.

Für die Fachorgane der örtlichen Räte wird das Prinzip der Einzeileitung festgelegt (§ 46). Ursprünglich waren sie doppelt unterstellt. Seit September 1961 unterstehen sie nur noch ihrem Rat.

Weitgehende Anweisungs- und Aufsichtsbefugnis hat die Volkskammer gegenüber den örtlichen Volksvertretungen, die sie ursprünglich durch einen ständigen Ausschuß wahrnahm. Diese Befugnisse nimmt seit September 1961 der Staatsrat wahr (Text 7).

Die örtlichen Organe sind grundsätzlich für alle Aufgabengebiete zuständig. Welche nicht in ihre Zuständigkeit fallen, ist aus § 8 des Gesetzes über die örtlichen Organe der Staatsmacht (Text 6) zu ersehen. Dort sind die Organe verzeichnet, mit denen die örtlichen Organe verpflichtet sind, zusammenzuarbeiten.

e. Der Ministerrat

Die Stellung, die Befugnisse und die Zusammensetzung des Ministerrates sind durch das Gesetz vom 17. 4. 1963 (Text 5) geregelt. Dieses ist das sechste Gesetz dazu seit 1949. Nach dem Gesetz vom 17. 4. 1963 ist der Ministerrat das Exekutivorgan der Volkskammer und des Staatsrates. Er ist für seine gesamte Tätigkeit der Volkskammer und, was in der Praxis wichtiger ist, dem Staatsrat verantwortlich und rechenschaftspflichtig (§ 2). Seine Zusammensetzung regelt § 3. Die §§ 4—7 bezeichnen seine Aufgaben im einzelnen. § 4 hebt die Suprematie der SED hervor. Nach § 5 hat der Ministerrat vor allem die wirtschaftlich-organisatorische und die kulturell-erzieherische Funktion des Staates zu erfüllen. Die schon im Erlaß des Staatsrates vom 11. 2. 1963 (Text 9) verfügte Konzentration der Arbeit des Ministerrates auf die Planung und Leitung der Volkswirtschaft kehrt in § 6 wieder. Die Bildung und die Funktion des Präsidiums des Ministerrates regelt § 9. Danach nimmt das Präsidium zwischen den Tagungen des Ministerrates dessen Funktionen wahr, leitet und